

## Radikale Rechte und autoritäre Herrschaft: Die AfD und das politische System von Belarus unter Aljaksandr Lukaschenka

Alexander Moisseenko<sup>1</sup>

Radikal rechte Parteien werden in der Forschung zunehmend als internationale Akteure betrachtet, die nicht nur innerhalb liberal-demokratischer Systeme wirken, sondern auch strategische Beziehungen zu autoritären Regimen pflegen. Während die Verflechtungen etwa zwischen westeuropäischen Rechtsaußenparteien und Russland bereits intensiv diskutiert wurden, ist das Verhältnis der Alternative für Deutschland (AfD) zu Belarus unter Aljaksandr Lukaschenka bislang kaum systematisch untersucht worden.

Die AfD nimmt in diesem Kontext eine ambivalente Rolle ein. Einerseits zeigen einzelne Abgeordnete und Funktionäre durch Reisen nach Minsk, Wahlbeobachtungsmissionen, Medienauftritte in staatlichen belarussischen Kanälen und wirtschaftliche Kooperationen mit regimenahe Akteuren ein hohes Maß an Nähe zu den belarussischen Machtstrukturen. Andererseits finden sich in Bundestagsdebatten und parlamentarischen Initiativen pointierte Verurteilungen spezifischer Maßnahmen des Regimes, etwa im Zusammenhang mit der Flugzeugentführung 2021 oder der „Instrumentalisierung“ von Migration. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob es sich bei den AfD-Belarus-Kontakten um Ausdruck ideologischer Affinitäten, um opportunistische Außenpolitik oder um symbolische Provokationen gegenüber der Bundesregierung handelt.

Der Beitrag geht der übergeordneten Forschungsfrage nach, wie sich das Verhältnis der AfD zum Lukaschenka-Regime zwischen 2018 und 2025 erklären lässt und welche politischen Funktionen diese Kontakte für beide Seiten erfüllen. Konkret wird untersucht, inwiefern AfD-Akteure zur diskursiven oder symbolischen Legitimation des belarussischen Regimes beitragen, ob sie im Umgang mit Belarus konsistente außenpolitische Leitmotive erkennen lassen und wie sich ihre Positionierung im Zeitverlauf – von den Vorläuferkontakten vor 2020 über die Protestbewegung und die Repressionsphase bis hin zu den jüngsten Wahlbeobachtungen – verändert.

### 1. Methodologie

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wird eine qualitative Inhaltsanalyse durchgeführt. Ziel ist es, die diskursive und symbolische Dimension der Kontakte

---

<sup>1</sup> Alexander Moisseenko (M.A.) ist Absolvent des Studiengangs Internationale Beziehungen an der Universität Warschau. Er schreibt regelmäßig Beiträge u.a. für osteuropäische Medien.

zwischen der Alternative für Deutschland (AfD) und Akteuren des politischen Systems von Belarus unter Aljaksandr Lukaschenka systematisch zu erfassen und hinsichtlich ihrer politischen Funktion zu interpretieren. Die Quellensammlung umfasst:

- Bundestagsreden ausgewählter AfD-Abgeordneter
- Kleine Anfragen und Bundestagsanträge
- Pressemitteilungen
- dokumentierte Reisen und Delegationskontakte
- Medienauftritte bei staatlichen oder staatsnahen belarussischen Medien (z. B. BELTA)
- öffentliche Stellungnahmen auf digitalen Plattformen

Berücksichtigt werden insbesondere Beiträge von Waldemar Herdt, Anton Friesen, Armin-Paulus Hampel sowie weiteren Abgeordneten mit dokumentierten Belarus-Bezügen. Die Auswahl erfolgt kriteriengeleitet anhand expliziter Belarus-Bezüge im Untersuchungszeitraum.

Im Artikel wird, sofern es sich nicht um ein Zitat handelt, die amtliche Landesbezeichnung „Belarus“ verwendet.

## 2. AfD und Belarus vor 2020: selektive Kontakte

Die Beziehungen zwischen Vertretern der Alternative für Deutschland (AfD) und dem belarussischen Regime waren vor der Protestbewegung 2020 vergleichsweise begrenzt.

Erste mediale Aufmerksamkeit erhielt die Reise des Berliner Abgeordneten Gunnar Lindemann nach Minsk im Februar 2019. Die Welt berichtete in diesem Zusammenhang von einem Treffen mit der Liberaldemokratischen Partei von Belarus (LDPB), wobei unter anderem die Gründung einer „weißrussisch-deutschen Plattform“ besprochen worden sei.<sup>2</sup> Lindemann pflegt regelmäßige Kontakte zu dieser Partei. Bereits im Oktober 2018 traf er sich mit Vertretern der LDPB unter anderem im Senat.<sup>3 4</sup> Gemeinsam mit dem späteren Parteivorsitzenden Aleh Hajdukewitsch legte er Blumen an einer KZ-Gedenkstätte nieder.<sup>5</sup>

---

<sup>2</sup> Kamann, Matthias, Alexej Hock, und Annelie Naumann, „Kontakte zu Autokraten: AfD entdeckt Lukaschenkos Weißrussland“, Welt, 24.02.2019, <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus189294453/Kontakte-zu-Autokraten-AfD-entdeckt-Lukaschenkos-Weissrussland.html>.

<sup>3</sup> Gunnar Lindemann MdA (@AfDLindemann): „Treffen mit der LDP in Minsk“, X, 09.10.2018, <https://x.com/AfDLindemann/status/1049667429855649800>.

<sup>4</sup> Gunnar Lindemann MdA (@AfDLindemann): „Besuch im Senat von #Minsk und Treffen mit Prof. Dr. Dr. Sergei Rakhmanov und weiteren Abgeordneten.“, X, 08.10.2018, <https://x.com/AfDLindemann/status/1049389002996899841>.

<sup>5</sup> Gunnar Lindemann MdA (@AfDLindemann): „Wir gedenken gemeinsam der Opfer von Faschismus und Krieg an der KZ Gedenkstätte in #Minsk.“, X, 11.10.2018, <https://x.com/AfDLindemann/status/1050261679098003457>.

Die Liberaldemokratische Partei von Belarus ist eine der vier zugelassenen politischen Parteien des Landes und unterstützt offen die Herrschaft von Aljaksandr Lukaschenka. Bei den Präsidentschaftswahlen im August 2020 fungierte Hajdukewitsch als dessen „Vertrauensperson“. <sup>6</sup> Aufsehen erregte Hajdukewitsch als er im Mai 2021 dazu aufrief, den im polnischen Exil lebenden Oppositionspolitiker Pawel Latuschka sowie weitere Dissidenten im Ausland zu entführen und im Kofferraum nach Belarus zu bringen. <sup>7</sup>

Im April 2019 signalisierten mehrere AfD-Abgeordnete, darunter Christoph Neumann, Dr. Anton Friesen, Armin-Paulus Hampel, Petr Bystron und Waldemar Herdt, in einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung Interesse an Belarus. <sup>8</sup> Neumann reiste im Februar 2020 zusammen mit Abgeordneten anderer Parteien als Teil der Deutsch-Belarussischen Parlamentariergruppe nach Minsk. <sup>9</sup>

Die Fragesteller merken an, dass trotz seiner geographischen Nähe das Land in der deutschen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen würde. Dabei werden in der Anfrage nicht nur Fragen zur wirtschaftlichen Kooperation gestellt, sondern die Abgeordneten erkundigen sich bei der Bundesregierung auch über die aktuelle Menschenrechtssituation in dem Land. <sup>10</sup>

Im Juni 2019 verabschiedete der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Bundestag eine Erklärung zur Menschenrechtsslage in Belarus. Dabei wurde unter anderem auf die fortgesetzte Anwendung der Todesstrafe hingewiesen. Der Antrag wurde gegen das Nein-Votum der AfD-Fraktion beschlossen, wobei Vertreter der AfD und der Linken vor allem beanstandeten, dass sie zuvor nicht in die Erstellung der Erklärung einbezogen worden seien. <sup>11</sup>

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Beziehungen zwischen Vertretern der AfD und Akteuren des belarussischen Regimes vor der Protestbewegung von

<sup>6</sup> Мельничук, Татьяна, „Этот человек был доверенным лицом Лукашенко. Как он видит выход из кризиса в Беларуси?“, ВВС, 19.08.2020, <https://www.bbc.com/russian/features-53836154>.

<sup>7</sup> Гайдукевич: Латушко и других можно задержать на территории других государств и привозить сюда в багажнике, Наша Ніва, <https://nashaniva.com/ru/273354>.

<sup>8</sup> Deutscher Bundestag, Drucksache 19/9492: Kleine Anfrage, 2019, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/094/1909492.pdf>.

<sup>9</sup> Deutscher Bundestag, „Deutsch-Belarussische Parlamentariergruppe reist nach Minsk.“, Pressemitteilung, 28.01.2020, <https://www.bundestag.de/webarchiv/presse/pressemitteilungen/2020/pm-200128-reise-pgr-belarus-679624>.

<sup>10</sup> Deutscher Bundestag, Drucksache 19/9492: Kleine Anfrage, 2019, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/094/1909492.pdf>.

<sup>11</sup> Deutscher Bundestag, „Kritik an Menschenrechtsslage in Belarus.“, Heute im Bundestag (hib), 26.06.2019, [https://www.bundestag.de/webarchiv/presse/hib/2019\\_06/649624-649624](https://www.bundestag.de/webarchiv/presse/hib/2019_06/649624-649624); Deutscher Bundestag, Erklärung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur Lage der Menschenrechte in Belarus anlässlich der Europaspiele in Minsk/Belarus vom 21.-30. Juni 2019, 26.06.2019, [https://www.bundestag.de/webarchiv/Ausschuesse/ausschuesse19/a17\\_menschenrechte/Erklaerungen/2019-06-26-belarus-649656](https://www.bundestag.de/webarchiv/Ausschuesse/ausschuesse19/a17_menschenrechte/Erklaerungen/2019-06-26-belarus-649656) [https://www.bundestag.de/webarchiv/Ausschuesse/ausschuesse19/a17\\_menschenrechte/Erklaerungen/2019-06-26-belarus-649656](https://www.bundestag.de/webarchiv/Ausschuesse/ausschuesse19/a17_menschenrechte/Erklaerungen/2019-06-26-belarus-649656).

2020 weder institutionell stark ausgeprägt noch strategisch konsistent waren, jedoch punktuelle Annäherungen erkennen ließen. Einzelne Reisen, parlamentarische Anfragen sowie Kontakte zu regierungsnahen Kräften in Minsk deuten auf ein grundsätzliches politisches Interesse an Belarus hin, das sich sowohl aus außenpolitischen als auch aus wirtschaftlichen Erwägungen speiste. Insgesamt kann die Phase vor 2020 daher als eine Phase selektiver Kontakte und vorsichtiger Sondierungen charakterisiert werden, ohne dass von einer systematischen oder formalisierten Zusammenarbeit gesprochen werden kann.

### 3. Eskalationspunkte und AfD-Positionierung

#### 3.1 Die Protestbewegung 2020 und ihre Folgen

Die Präsidentschaftswahl vom 09. August 2020 führte in Belarus zu einer bis dahin beispiellosen Protestbewegung. Auslöser waren glaubwürdige Hinweise auf massive Wahlmanipulationen sowie die Inhaftierung zentraler oppositioneller Kandidaten. Nach Angaben der unabhängigen Beobachtungsplattform Golos ließen sich in etwa jedem dritten Wahllokal Unregelmäßigkeiten feststellen; insbesondere seien Stimmen zugunsten der Oppositionskandidatin Sviatlana Tsikhanouskaya systematisch reduziert worden.<sup>12</sup>

Der außenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Armin-Paulus Hampel, erklärte am 16. August 2020, die Lage sei „unübersichtlich und von außen nur schwer einzuschätzen“. In seiner Stellungnahme ordnete er Belarus ausdrücklich der russischen Einflussphäre zu: „Die Lösung der Krise liegt ohnehin nicht in Brüssel oder Washington, schon gar nicht in Berlin, sondern in Moskau.“ Der Westen müsse akzeptieren, dass zwischen Belarus und Russland eine enge Verbindung bestehe. Präsident Putin sei bereits auf Distanz zu Aljaksandr Lukaschenka gegangen und habe Reformen angemahnt; unter dem Druck der Proteste werde Lukaschenka nun hoffentlich auf Moskau hören.<sup>13</sup>

Hampel plädierte folglich für eine Politik der Nicht-Einmischung und sprach sich gegen Wirtschaftssanktionen aus – eine Position, die die AfD-Fraktion durch einen eigenen, im Bundestag abgelehnten Antrag unterstrich.<sup>14</sup>

---

<sup>12</sup> Golos, Zubr, Honest people, „Final Report on 2020 Presidential Elections in Belarus“, 2020, <https://drive.google.com/file/d/1WnyAfVKDhZ0QxxDd2tdi5xcH3eiOng0V/view>.

<sup>13</sup> AfD-Fraktion im Bundestag, „Hampel: Die Lösung für Weißrussland liegt in Moskau“, 16.08.2020, <https://afdbundestag.de/hampel-die-loesung-fuer-weissrussland-liegt-in-moskau/>.

<sup>14</sup> Deutscher Bundestag, Drucksache 19/23947: Aus verfehelter Sanktionspolitik der Vergangenheit lernen – Keine Wirtschaftssanktionen gegen Weißrussland, 2020, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/239/1923947.pdf>; Deutscher Bundestag, Vorgang: Aus verfehelter Sanktionspolitik der Vergangenheit lernen – keine Wirtschaftssanktionen gegen Weißrussland, DIP, Vorgangsnummer 269360, <https://dip.bundestag.de/vorgang/aus-verfehelter-sanktionspolitik-der-vergangenheit-lernen-keine-wirtschaftssanktionen-gegen/269360>.

In den Bundestagsdebatten traten insbesondere die russlanddeutschen Abgeordneten Waldemar Herdt und Dr. Anton Friesen mit Wortmeldungen zu Belarus hervor. Am 16. September 2020 zog Herdt Parallelen zwischen den Ereignissen in Belarus und Konflikten in Syrien, im Irak und in der Ukraine. Unterstützung oppositioneller Bewegungen könne – so seine Argumentation – zu destabilisierenden Entwicklungen führen, wie sie etwa im Kontext des sogenannten „Islamischen Staates“ zu beobachten gewesen seien. Herdt stellte die Übertragbarkeit demokratischer Modelle grundsätzlich infrage und bezeichnete Demokratie nicht als „Exportschlager“. Zudem verwies Herdt auf Freunde und Verwandte in Belarus, von denen sich einige sogar an den Protesten beteiligen würden. Sie seien sich jedoch darin einig, dass eine Einmischung von außen abzulehnen sei. Herdt agitiert daher für eine andere Vorgehensweise unter Einbezug der Hilfe Russlands.<sup>15</sup> Eine ähnliche Deutung vertrat auch Gunnar Lindemann, der die belarusischen Proteste als möglichen „Maidan 2.0“ interpretierte und damit eine Analogie zur ukrainischen Revolution von 2013/14 herstellte.<sup>16</sup>

Anton Friesen wiederum relativierte in seiner Rede vom 16. September 2020 die Repressionen in Belarus durch einen Vergleich mit den Corona-Maßnahmen in Deutschland. Zwar räumte er Wahlfälschungen ein, verbreitete jedoch die Desinformation, wonach die unabhängige Beobachtungsplattform „Golos“ zu dem Schluss gekommen sei, Lukaschenka hätte die Wahl dennoch gewonnen, aber mit nur 62 Prozent der Stimmen.<sup>17</sup> Im Bericht von Golos wird ausgeführt, dass selbst die addierten offiziellen – und nach Einschätzung der Plattform bereits manipulierten – Wahlergebnisse lediglich 61,7 Prozent ergeben und damit in einem offensichtlichen Widerspruch zu den offiziell verkündeten 80,1 Prozent stehen. Die zitierte Zahl belegt somit nicht die Legitimität des Wahlausgangs, sondern verweist im Gegenteil auf Inkonsistenzen innerhalb der offiziellen Ergebnisdarstellung.<sup>18</sup>

Auch Friesen warnt vor einem vergleichbaren Szenario wie in der Ukraine und warnt vor einer Einmischung von außen. „Der Fehler von Lukaschenko war es, während seiner Schaukelpolitik beide Seiten – EU und Russland – zu verschaukeln und zu lange an der Macht zu bleiben. [...] So kommt es, dass der weißrussische Präsident im Westen keine Freunde gewann und gleichzeitig den russischen

<sup>15</sup> „16.09.2020 Deutschen Bundestag [sic!] - Demokratie und nationale Souveränität in BELARUS“, YouTube-Video, 17.09.2020, <https://www.youtube.com/watch?v=QHRDYRtullU>, 2:15.

<sup>16</sup> Gunnar Lindemann MdA [@AfDLindemann] (23.08.2020), [Das ist Maidan 2.0, wie 2014 in Kiev. Finanziert aus dem Westen. Das Problem ist die für Herbst geplante weitere Vertiefung der Beziehungen zwischen Russland und Weissrussland. Eine Wirtschaftsunion besteht ja bereits zwischen diesen Ländern.], X, <https://x.com/AfDLindemann/status/1297625357227630601>.

<sup>17</sup> AfD-Fraktion im Bundestag, „Weißrussen wollen selbst über ihr Schicksal entscheiden! –Anton Friesen – AfD-Fraktion im Bundestag“, YouTube-Video, 16.09.2020, <https://www.youtube.com/watch?v=mK4my8SCH7U>.

<sup>18</sup> Golos, Zubr, Honest people, „Final Report on 2020 Presidential Elections in Belarus“, 2020, <https://drive.google.com/file/d/1WnyAfVKDhZQOxxDd2tdi5xcH3eiOng0V/view>, S. 6.

Freund verlor“. Friesen ruft dazu auf, den „auf russischen Druck“ entstandenen Verfassungsreform-Prozess von Lukaschenka zu unterstützen.<sup>19</sup> Eine ähnliche Argumentation wiederholte er in einer weiteren Rede vom 4. November 2020: Zwar kritisierte er erneut die Wahlfälschungen, stellte jedoch die Logik von Sanktionen infrage, wenn gleichzeitig mit den Machthabern verhandelt werden solle.<sup>20</sup>

Die Reaktionen der AfD auf die Proteste in Belarus 2020 lassen ein konsistentes außenpolitisches Muster erkennen. Während Wahlfälschungen und Repressionen teilweise anerkannt wurden, dominierte eine Rhetorik der Zurückhaltung gegenüber westlicher Einmischung. Wirtschaftliche Sanktionen wurden abgelehnt, und die Lösung der politischen Krise wurde primär im Einflussbereich Russlands verortet. Einzelne Abgeordnete relativierten die Repressionen und betonten vermeintliche Parallelen zu westlichen Maßnahmen oder internationalen Konflikten. Insgesamt verdeutlichen die Positionen, dass die AfD Belarus überwiegend als Teil der russischen Einflussosphäre interpretiert und die westliche Verantwortung für politische Interventionen klar infrage stellt.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass auch in russischen Staatsmedien im Frühsommer 2020 zeitweise kritische Töne gegenüber Lukaschenka zu vernehmen waren, da dessen multivektorale Außenpolitik in Moskau als unzuverlässig galt.<sup>21</sup> Die AfD-Positionen reproduzieren insofern eine vorsichtige Kritik am Lukaschenka-Regime, sofern sie in einen breiteren russischen geopolitischen Deutungsrahmen eingebettet werden kann.

### 3.2 Die erzwungene Landung des Ryanair-Flugzeugs

Am 23. Mai 2021 wurde eine sich auf dem Weg nach Litauen befindliche Ryanair-Flugmaschine durch belarussische Behörden unter Angaben einer erfundenen Bombendrohung flugstreckenverlängernd nach Minsk (Belarus) umgeleitet. Auf persönliche Anordnung Lukaschenkas wurde das Flugzeug von einem MiG-29-Kampffjet eskortiert.<sup>22</sup> An Bord befand sich der Dissident und frühere Chefredakteur des Exilmediums NEXTA Raman Pratasevich sowie dessen Freundin Sofia

---

<sup>19</sup> AfD-Fraktion im Bundestag, „Weißrussen wollen selbst über ihr Schicksal entscheiden! –Anton Friesen – AfD-Fraktion im Bundestag“, YouTube-Video, 16.09.2020, <https://www.youtube.com/watch?v=mK4my8Sch7U>.

<sup>20</sup> AfD-Fraktion im Bundestag, „Sanktionen gegen Weißrussland sind völlig sinnlos! – Dr. Anton Friesen – AfD-Fraktion im Bundestag“, YouTube-Video, 04.11.2020, <https://www.youtube.com/watch?v=WKjnlesDRa0>.

<sup>21</sup> Bauomy, Jasmin, „How are Russian media presenting the unfolding of events in Belarus?“, Euronews, 18.08.2020, <https://www.euronews.com/2020/08/18/how-are-russian-media-presenting-the-unfolding-of-events-in-belarus>.

<sup>22</sup> Belta, „Lukashenko orders to land Ryanair jet in Minsk after bomb alert“, 23.05.2021, <https://eng.belta.by/president/view/lukashenko-orders-to-land-ryanair-jet-in-minsk-after-bomb-alert-140132-2021/>.

Sapega, welche unmittelbar nach der Landung von den belarussischen Behörden festgenommen worden sind. Die beiden politischen Gefangenen wurden im Mai bzw. Juni 2023 begnadigt.

In einem Untersuchungsbericht vom Juli 2022 verurteilte die Internationale Zivilluftfahrtorganisation die erzwungene Landung als „illegalen Eingriff“ der belarussischen Regierung in die Luftfahrt.<sup>23</sup> Der Vorfall löste international erhebliche Reaktionen aus und führte auch innerhalb der AfD zu unterschiedlichen Stellungnahmen. Der damalige Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Alexander Gauland, sprach von einer „faktischen Entführung eines Verkehrsflugzeugs einer europäischen Fluglinie“ und erklärte, Lukaschenka habe eine „rote Linie“ überschritten. Eine solche Form der Luftpiraterie dürfe von der Europäischen Union nicht akzeptiert werden; die Sperrung des EU-Luftraums für belarussische Maschinen bezeichnete er als angemessene Reaktion.<sup>24</sup> Damit unterstützte er – zumindest in diesem konkreten Fall – restriktive Maßnahmen gegenüber dem Regime in Minsk. Demgegenüber wandte sich der außenpolitische Sprecher der Fraktion, Armin-Paulus Hampel, gegen Sanktionen. Aufgabe deutscher Diplomatie sei es, zu vermitteln und zu deeskalieren, um den inhaftierten Oppositionellen zu helfen, „und nicht zu drohen“.<sup>25</sup>

Die Position Gaulands wurde aber nicht von allen Parteigenossen geteilt. Jörg Dornau, Mitglied des Sächsischen Landtags, relativierte in einer Rede sowohl die Schwere des Vorfalles als auch die Menschenrechtslage in Belarus. Er stellte grundsätzlich infrage, inwieweit die demokratischen Verhältnisse im Land zutreffend eingeschätzt würden, und betonte im weiteren Verlauf seiner Rede die Rolle des belarussischen Staates als Stabilitätsgaranten. Dabei verwies er unter anderem auf den Krieg im Donbass und implizierte, dass das Regime in Minsk ein vergleichbares Szenario im eigenen Land verhindert habe: „Bildung, medizinische Grundversorgung, bezahlbarer Wohnraum und wirtschaftliches Wachstum sind dem Weißrussen wichtiger als die ständige Einmischung westlicher Moralapostel“. Zudem griff Dornau in wesentlichen Teilen die offizielle Darstellung der belarussischen Behörden auf. Demnach habe eine Bombendrohung, die angeblich von der Hamas ausgegangen sei, eine Notlage verursacht und die Landung in Minsk erforderlich gemacht. Diese Argumentation entsprach der offiziellen Version Minsks, die international jedoch weitgehend als unbegründet zurückgewiesen wurde.<sup>26</sup>

---

<sup>23</sup> International Civil Aviation Organization, „Report of the ICAO Fact-Finding Investigation“, Juli 2022, <https://www.icao.int/sites/default/files/Security/documents/Ryanair-FR4978-FFIT-report.pdf>.

<sup>24</sup> AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, „Gauland: Luftpiraterie darf die EU nicht akzeptieren“, 26.05.2021, <https://afdbundestag.de/gauland-luftpiraterie-darf-die-eu-nicht-akzeptieren/>.

<sup>25</sup> AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, „Hampel: Maas heizt Eskalationsspirale weiter an“, 27.05.2021, <https://afdbundestag.de/hampel-maas-heizt-eskalationsspirale-weiter-an/>.

<sup>26</sup> AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, „Jörg Dornau AfD: Keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Belarus!“, YouTube-Video, 23.07.2021, <https://www.youtube.com/watch?v=HEoH4pCdPgU>.

Dornaus Relativierung der erzwungenen Landung erscheint vor dem Hintergrund seiner eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten in Belarus erklärbar. Seit März 2020 war er an der Gründung eines landwirtschaftlichen Unternehmens für den Zwiebelanbau in Belarus beteiligt, worauf weiter unten eingegangen wird.<sup>27</sup>

Die erzwungene Umleitung des Ryanair-Fluges im Mai 2021 markierte einen qualitativen Einschnitt in den Beziehungen zwischen Belarus und der Europäischen Union und führte zu einer breiten internationalen Verurteilung des belarussischen Regimes. Innerhalb der AfD offenbarten die Reaktionen auf das Ereignis zugleich erhebliche innerparteiliche Divergenzen. Während Teile der Parteiführung den Vorgang klar verurteilten und sogar restriktive Maßnahmen unterstützten, lehnten andere Akteure Sanktionen grundsätzlich ab oder relativierten den Vorfall unter Bezugnahme auf die offizielle Darstellung aus Minsk. Die unterschiedlichen Stellungnahmen deuten auf eine fehlende kohärente Belarus-Position innerhalb der Partei hin.

### **3.3 Migrationskrise und „Weißrussland-Route“: Kritik am Lukaschenka-Regime**

Als Reaktion auf die erzwungene Landung des Ryanair-Flugzeugs verhängte die Europäische Union Sanktionen gegen Belarus. Aljaksandr Lukaschenka drohte daraufhin im Juli 2021, europäische Staaten würden künftig mit verstärkten Migrationsbewegungen konfrontiert sein; man werde „niemanden aufhalten“.<sup>28</sup> Ab Juli wurden tatsächlich vermehrt Versuche von Migranten dokumentiert, über die Grenze der Republik Belarus in die Europäische Union nach Lettland, Litauen und Polen (und von dort insbesondere nach Deutschland) zu gelangen.

Im Unterschied zu den parteiinternen Differenzen nach der erzwungenen Landung zeigte sich die AfD in dieser Frage deutlich geschlossener. Joachim Paul, damals Mitglied des AfD-Bundesvorstands, benannte in diesem Kontext Lukaschenka klar als „Schleuser“ und sprach sich für einen härteren Kurs gegen diesen aus.<sup>29</sup> Auch der Bundesvorsitzende Tino Chrupalla stellte sich demonstrativ hinter das damals von der Prawo i Sprawiedliwość (PiS) geführte Polen, das den „vom weißrussischen Machthaber Lukaschenko initiierten Migrantenansturm an

---

<sup>27</sup> FreshPlaza, „Deutscher Investor baut Zwiebeln in Weißrussland an“, 19.03.2021, <https://web.archive.org/web/20220225205214/https://www.freshplaza.de/article/9198764/deutscher-investor-baut-zwiebeln-in-weissrussland-an/>.

<sup>28</sup> Die Zeit, „Lukaschenko droht Deutschland mit Durchlassen von Geflüchteten“, 06.07.2021, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-07/belarus-alexander-lukaschenko-eu-sanktion-gefluechtete-waren>.

<sup>29</sup> AfD, „Joachim Paul: Lukaschenko betätigt sich als Schleuser“, 27.10.2021, <https://www.afd.de/joachim-paul-lukaschenko-betaetigt-sich-als-schleuser/>.

der polnisch-weißrussischen Grenze“ abwehre.<sup>30</sup> Ähnliche lobende Worte für Polen fanden auch AfD-Fraktionsvize Norbert Kleinwächter<sup>31</sup> und Beatrix von Storch.<sup>32</sup> Selbst Gunnar Lindemann, der zuvor durch Reisen nach Minsk aufgefallen war, kritisierte in einem Beitrag, Belarus schleuse „tausende Illegale in die EU“.<sup>33</sup>

Es handelte sich dabei nicht um Einzelpositionen, sondern um eine von der Bundestagsfraktion insgesamt getragene Linie. In einem entsprechenden Antrag sprach sie sich für die Schließung der sogenannten „Weißrussland-Route“ aus. In Anlehnung an polnische Regierungsvertreter wurde argumentiert, Lukaschenka instrumentalisieren Migranten gezielt als politisches Druckmittel. Polnische Grenzschutzbeamte berichteten dem Verfasser zudem, dass uniformierte Akteure auf belarussischer Seite wiederholt versucht hätten, Provokationen an der Grenze zu inszenieren.<sup>34</sup>

Die durch das belarussische Regime initiierte Migrationsbewegung an die EU-Außengrenzen im Sommer und Herbst 2021 wurde von der AfD geschlossen als gezielte hybride Druckstrategie Minsks wahrgenommen. Anders als im Fall der erzwungenen Landung des Ryanair-Flugzeugs überwog hier eine eindeutige und parteiweit geteilte Verurteilung Lukaschenkas. Führende Parteivertreter charakterisierten ihn explizit als verantwortlichen Akteur und unterstützten die Position Polens. Die Reaktionen verdeutlichen damit eine selektive Schwerpunktsetzung in der Belarus-Position der AfD: Während menschenrechtliche oder völkerrechtliche Normverletzungen nicht durchgängig zu einer klaren Sanktionsbefürwortung führten, erzeugte die Instrumentalisierung von Migration als sicherheitspolitische Herausforderung eine geschlossene und konfrontative Haltung gegenüber Minsk.

---

<sup>30</sup> AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, „Tino Chrupalla: Wir danken Polen“, 17.09.2021, <https://afdbundestag.de/tino-chrupalla-wir-danken-polen/>.

<sup>31</sup> AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, „Norbert Kleinwächter: EuGH fällt Polen in den Rücken.“, 23.09.2021, <https://afdbundestag.de/norbert-kleinwaechter-eugh-faellt-polen-in-den-ruecken/>.

<sup>32</sup> AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, „Beatrix von Storch: EU-Vorschläge zu Migranten in Belarus sind untauglich und gefährlich“, 08.09.2021, <https://afdbundestag.de/beatrix-von-storch-eu-vorschlaege-zu-migranten-in-belarus-sind-untauglich-und-gefaehrlich/>.

<sup>33</sup> Gunnar Lindemann MdA (@AfDLindemann): „Anstatt die EU-Außengrenzen zu sichern, lässt man es zu, dass Weißrussland tausende Illegale in die EU schleust und baut dann auch gleich Flüchtlingszelte in Brandenburg auf.“, X (vormals Twitter), 25.09.2021, <https://x.com/AfDLindemann/status/1441638417943523336>.

<sup>34</sup> Deutscher Bundestag, „AfD will ‚Weißrussland-Route‘ wirkungsvoll schließen.“, hib-Kurzmeldung, 01.09.2025, <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-869192>.

## 4. Direkte Kontakte und symbolische Kooperationen

Im Februar 2023 berichtete Correctiv, der damalige AfD-Bundestagsabgeordnete Petr Bystron sei ohne öffentliche Ankündigung nach Belarus gereist. Dort habe er unter anderem den inzwischen verstorbenen Außenminister Uladsimir Makei sowie Vertreter der regierungsnahen NGO „MIR“ getroffen.<sup>35</sup> Dirk Wiese (SPD) kritisierte ihn dafür in einer Rede. Auch Ralf Stegner (SPD) kritisierte die AfD dafür: „Ihre Vertreter seien Gast des Lukaschenko-Regimes in Belarus“.<sup>36</sup> Bystron steht dabei beispielhaft für eine Reihe weiterer Belarus-Reisen von AfD-Politikern.

### 4.1 Gunnar Lindemann und die Wahlbeobachtungsmissionen

Das Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses Gunnar Lindemann stellt mit seinen regelmäßigen Besuchen nach Belarus einen besonderen Fall dar.

Am 25. Februar 2024 meldete die staatliche belarussische Nachrichtenagentur Belta, Lindemann sei als Wahlbeobachter zu den Parlaments- und Kommunalwahlen angereist. Zu diesem Zeitpunkt waren im Vorjahr sämtliche Oppositionsparteien durch Entscheidungen des Obersten Gerichts aufgelöst worden; zugelassen waren lediglich vier regierungstreue Parteien. Gleichwohl kam Lindemann zu dem Schluss, dass „alle demokratischen Standards und Regeln“ erfüllt worden seien. Seine Einreise erfolgte nach eigenen Angaben auf Einladung der belarussischen Botschaft in Berlin.<sup>37</sup>

Auf die Nachfrage eines Nutzers der Plattform X, ob ihn die Lage der Opposition interessiere, antwortete Lindemann: „Ich habe mich sogar mit einer getroffen. Und denen geht es bestens.“<sup>38</sup> Offenbar bezog er sich dabei auf die Liberal-Demokratische Partei von Belarus (LDPB), die jedoch offen die Politik von Aljaksandr Lukaschenka unterstützt. Hinweise auf rund 1.500 politische Gefangene kommentierte Lindemann mit den Worten: „Sie glauben die US Propaganda? Mein Beileid.“<sup>39</sup>

---

<sup>35</sup> Zerkalo.io, „Стало известно, с кем встречался немецкий депутат-популист во время тайной поездки в Беларусь“, 10.02.2023, [news.zerkalo.io/economics/32328.html](https://news.zerkalo.io/economics/32328.html); CORRECTIV, „Heimlicher Abstecher: AfD-Politiker vertuscht Reise nach Belarus“, 08.02.2023, <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2023/02/08/heimlicher-abstecher-afd-politiker-vertuscht-reise-nach-belarus/>.

<sup>36</sup> Deutscher Bundestag, „Abgesetzt: Antrag zu Waffenstillstand zwischen Ukraine und Russland.“, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw06-de-friedensplan-ukraine-931482>.

<sup>37</sup> BelTA, „Gunnar Lindemann: Die Wahlen in Belarus werden nach demokratischen Standards durchgeführt.“ 25.02.2025, <https://deu.belta.by/society/view/gunnar-lindemann-die-wahlen-in-belarus-werden-nach-demokratischen-standards-durchgefuehrt-64022-2024/>.

<sup>38</sup> Gunnar Lindemann MdA (@AfDLindemann): „Ich habe mich sogar mit einer getroffen. Und denen geht es bestens.“, X (vormals Twitter), 25.02.2024, <https://x.com/AfDLindemann/status/1761607633104957507>.

<sup>39</sup> Gunnar Lindemann MdA (@AfDLindemann): „Sie glauben die US Propaganda? Mein Beileid.“, X (vormals Twitter), 25.02.2024, <https://x.com/AfDLindemann/status/1761614424937316704>.

Im September 2024 nahm Lindemann am von der LDPB initiierten „Kongress der patriotischen Kräfte“ in Minsk teil, an dem nach offiziellen Angaben Vertreter aus 50 Staaten beteiligt gewesen seien.<sup>40</sup> Er tritt regelmäßig im belarussischen Staatsfernsehen auf und nutzt diese Plattformen, um Kritik an der deutschen Migrations- und Sanktionspolitik zu äußern.<sup>41</sup> Nach eigenen Angaben reiste er im Mai 2025 erneut nach Minsk und traf Vertreter der LDPB; dabei thematisierte er unter anderem die ausgesetzte Städtepartnerschaft zwischen Minsk-Oktjabrski und Berlin-Marzahn-Hellersdorf.<sup>42</sup>

Gunnar Lindemann war nicht der einzige AfD-Politiker, der als Wahlbeobachter nach Belarus gereist ist. Bei der Präsidentschaftswahl am 26. Januar 2025 war auch ein Beobachter der AfD anwesend. Detlef Bauer aus Nordrhein-Westfalen erklärte: „Ich habe viel über die Präsidentschaftswahlen 2020 in Belarus gelesen und gehört. Schon damals haben der Westen, westliche Parteien und die Europäische Kommission ständig gesagt, dass die Wahl falsch sei, dass sie Präsident Lukaschenko nicht anerkennen würden. Und in diesem Jahr bereitete sich die Europäische Kommission bereits im Voraus darauf vor, zu sagen, dass diese Wahlen fiktiv sind, dass die Wahl der Belarussen falsch ist und dass sie den Sieger nicht anerkennen wird, wenn es Alexander Lukaschenko sein wird. Aber das hat nichts mit Demokratie zu tun, überhaupt nichts“.<sup>43</sup>

Generell sind AfD-Politiker gern gesehene Interviewgäste in belarussischen Staatsmedien wie zum Beispiel der Abgeordnete des Bayerischen Landtags Ulrich Singer, der in einem Interview mit der staatlichen Nachrichtenagentur BelTA erklärte: „Ich fliege zum Beispiel hierher, um mit eigenen Augen zu sehen, wie gut und schön es hier ist. Ich werde zu Hause mit meinen Wählern darüber sprechen. Ihr Präsident verfolgt eine vernünftige Politik. Als Reaktion darauf, dass wir die Grenzen geschlossen haben, hat er beispielsweise die Visumpflicht abgeschafft“.<sup>44</sup> In einem Interview warnt Singer vor den vermeintlich dekadenten Zuständen in Deutschland: „Für 30 Euro kann ich mein Geschlecht ändern. Für 30 Euro kann ich eine Frau werden, ich werde Olga oder jemand anderes sein. Und

<sup>40</sup> news.by, „Эксперты из 50 стран Европы и мира обсудили стратегии обеспечения стабильности в регионе на конгресс.“, 09.09.2024, [https://news.by/news/obshchestvo/eksperty\\_iz\\_50\\_stran\\_evropy\\_i\\_mira\\_obsudili\\_strategii\\_obespecheniya\\_stabilnosti\\_v\\_regiione\\_na\\_kongres](https://news.by/news/obshchestvo/eksperty_iz_50_stran_evropy_i_mira_obsudili_strategii_obespecheniya_stabilnosti_v_regiione_na_kongres).

<sup>41</sup> news.by, „Гуннар Линдемманн о мигрантах в Германии: это большая проблема для нас“, 18.09.2024, [https://news.by/news/v\\_mire/europe/gunnar-lindemann-o-migrantakh-v-germanii-eto-bolshaya-problema-dlya-nas](https://news.by/news/v_mire/europe/gunnar-lindemann-o-migrantakh-v-germanii-eto-bolshaya-problema-dlya-nas).

<sup>42</sup> HauptstadtEcho.de, „Gunnar Lindemann: MDA-Besuch in Minsk“, 10.05.2025, <https://hauptstadttecho.de/gunnar-lindemann-md-a-besuch-in-minsk/>.

<sup>43</sup> BelTA, „Deutscher Beobachter: Die Europäische Kommission bereitete sich darauf vor, die Wahlen in Belarus als fiktiv zu deklarieren“, 26.01.2025, <https://deu.belta.by/society/view/deutscher-beobachter-die-europaische-kommission-bereitete-sich-darauf-vor-die-wahlen-in-belarus-als-70911-2025/>.

<sup>44</sup> BelTA, „Deutscher Abgeordneter: Lukaschenko verfolgt vernünftige Politik“, 23.08.2025, <https://deu.belta.by/society/view/deutscher-abgeordneter-lukaschenko-verfolgt-vernunftige-politik-75879-2025/>.

ich habe einen neuen Pass, neue Dokumente. Sie glauben, dass dies vielleicht Freiheit ist. Ich denke, dass dies keine Freiheit ist, sondern Wahnsinn“.<sup>45\*\*\*</sup>

Für das Lukaschenka-Regime erfüllen die Kontakte mit AfD-Politikern vor allem eine symbolische Funktion: Als Vertreter einer im deutschen Parteiensystem etablierten Kraft fungieren sie in staatlichen Medien, bei offiziellen Besuchen und im Rahmen von Wahlbeobachtungen als Referenz für eine vermeintliche Normalität und internationale Anerkennung des politischen Systems in Minsk. Im Vorfeld des „Kongresses der patriotischen Kräfte“ erklärte der LDPB-Vorsitzende Aleh Hajdukewitsch, der Mythos von der Isolation Belarus' sei längst widerlegt; die Anwesenheit europäischer Gäste belege, dass „auch Europa zu Belarus stehe“. Einerseits dienen die Interaktionen mit Minsk und die dortigen Auftritte als Bühne, um die eigene Kritik an der Außen- und Sanktionspolitik der Bundesregierung sowie an „westlicher Einmischung“ zu inszenieren.

#### 4.2 Jörg Dornau und die Zwiebfarm

Im März 2020 reiste der AfD-Abgeordnete des Sächsischen Landtags Jörg Dornau nach Belarus, um den Aufbau eines landwirtschaftlichen Unternehmens für den Zwiebelanbau im Lida-Distrikt zu besprechen.<sup>46</sup> Im September 2020 traf sich Dornau mit dem Leiter des Gebietsexekutivkomitees von Hrodna Uladsimir Karanik.<sup>47</sup>

Karanik war zuvor für seine Dementierung von Polizeigewalt im Zuge der Niederschlagung der Proteste in Kritik geraten. Im August 2020 wurde ein 16-jähriger Junge auf einer Polizeistation von Sicherheitskräften mit Gummiknüppeln geschlagen und anschließend ins künstliche Koma versetzt. Karanik behauptete in diesem Zusammenhang, der Jugendliche sei durch „Psychopharmaka“ vergiftet worden. Der Anwalt des Teenagers wies diese Aussage zurück und erklärte, dass sich weder Alkohol noch Drogen im Körper des Jungen befunden hätten.<sup>48</sup> Zudem behauptete Karanik, es habe nicht einen einzigen Fall von Vergewaltigung im

---

<sup>45</sup> BelTA, „Ulrich Singer erzählte über die Verschlechterung der Lebensbedingungen in Deutschland und warum die europäischen Behörden den Eisernen Vorhang fallen lassen“, 09.11.2025. <https://deu.belta.by/society/view/ulrich-singer-erzählte-über-die-verschlechterung-der-lebensbedingungen-in-deutschland-und-warum-die-77952-2025/>.

<sup>46</sup> FreshPlaza, „Deutscher Investor baut Zwiebeln in Weißrussland an“, 19.03.2021, <https://web.archive.org/web/20220225205214/https://www.freshplaza.de/article/9198764/deutscher-investor-baut-zwiebeln-in-weissrussland-an/>.

<sup>47</sup> Zerkalo.io, „В Германии полиция пришла к депутату, связанному с выращиванием лука в Беларуси“, 04.02.2026, <https://news.zerkalo.io/europe/119559.html>.

<sup>48</sup> Current Time, „Экс-глава Минздрава Беларуси заявил, что у избитого силовиками подростка было отравление "психотропами". В медицинских документах этого нет“, 27.08.2020, <https://www.currenttime.tv/a/belarus-karanik-timur/30805306.html>.

Zusammenhang mit der Niederschlagung der Proteste gegeben.<sup>49</sup> Dies steht im Widerspruch zu den Aussagen des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, der Berichte über Gewalt durch Sicherheitskräfte gegen Frauen und Kinder, darunter sexueller Missbrauch und Vergewaltigung mit Gummiknüppeln erhielt.<sup>50</sup>

Gemäß seiner offiziellen Biografie war Dornau bis zum 30. Oktober 2024 Direktor der landwirtschaftlichen Kapitalgesellschaft OOO ZYBULKA-BEL.<sup>51</sup> Im August 2024 verhängte das Präsidium des Sächsischen Landtags ein Ordnungsgeld, weil er seine Beteiligung an dem Unternehmen zunächst verschwiegen hatte.<sup>52</sup>

Für mediale Aufmerksamkeit sorgte ein Artikel des belarussischen Exilmediums Reform.news, welches berichtete, dass politische Gefangene auf der Zwiebfarm des Unternehmens gearbeitet haben. Die Arbeit erfolgte auf Grundlage eines Werkvertrags zwischen der Haftanstalt Lida und dem Unternehmen OOO ZYBULKA-BEL, wobei die Häftlinge täglich Arbeitsverträge unterzeichneten. Die Entlohnung betrug umgerechnet etwa 5 Euro pro Tag für die Häftlinge, während die Haftanstalt 30 Rubel erhielt. Das verdiente Geld wurde verwendet, um die Kosten des Aufenthalts in der Haftanstalt zu decken.<sup>53</sup>

Im Dezember 2024 teilte die Staatsanwaltschaft Leipzig mit, dass sie ein Ermittlungsverfahren gegen den sächsischen AfD-Landtagsabgeordneten Jörg Dornau wegen des mutmaßlichen Einsatzes von Gefangenen auf seiner belarussischen Zwiebfarm einstellen werde. Straftaten wie Ausbeutung seien nur dann in Deutschland verfolgbar, wenn sie auch im Ausland strafbar seien. Da dies im vorliegenden Fall nicht gegeben war, sah die Staatsanwaltschaft keine rechtliche Grundlage für Ermittlungen.<sup>54</sup>

---

<sup>49</sup> Zerkalo.io, „Лукашенко признал избиения на Окрестина. Что об этом говорили его подчиненные (спойлер — их не предупредили)“, 22.11.2020, <https://news.zerkalo.io/economics/6104.html>.

<sup>50</sup> Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, „UN Human Rights Experts: Belarus Must Stop Torturing Protesters and Prevent Enforced Disappearances“, 01.09.2020, <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2020/09/un-human-rights-experts-belarus-must-stop-torturing-protesters-and-prevent?LangID=E&NewsID=26199>.

<sup>51</sup> Sächsischer Landtag, „Abgeordnetenprofil: Jörg Dornau“, Zugriff am 01.03.2026, <https://www.landtag.sachsen.de/de/abgeordnete/abgeordnetensuche/abgeordneter/1221>.

<sup>52</sup> Sächsischer Landtag, „Präsidium verhängt Ordnungsgeld gegen Abgeordneten Jörg Dornau“, Pressemitteilung, 07.08.2024, <https://www.landtag.sachsen.de/de/service/presse/presidium-verhaengt-ordnungsgeld-gegen-abgeordneten-joerg-dornau-29881.csh.html>.

<sup>53</sup> Reform.news, „Die Zwiebeln schmecken: Auf der Zwiebelplantage des AfD-Abgeordneten Jörg Dornau in Belarus arbeiten politische Häftlinge“, 24.09.2024, <https://reform.news/die-zwiebeln-schmecken-auf-der-zwiebelplantage-des-afd-abgeordneten-jorg-dornau-in-belarus-arbeiten-politische-haftlinge>.

<sup>54</sup> Medienservice Sachsen, „Staatsanwaltschaft Leipzig schließt Prüfvorgang gegen Landtagsabgeordneten Dornau ab“, 20.12.2024, <https://www.medienservice.sachsen.de/medien/news/1082826>.

Seit Februar 2026 läuft ein neues Ermittlungsverfahren gegen Dornau wegen mutmaßlicher Verstöße gegen EU-Sanktionen und das Außenwirtschaftsgesetz. Ihm wird vorgeworfen in einer Zollanmeldung eine falsche Angabe gemacht zu haben. Er habe einen Teleskopklader nach Belarus transportiert und somit gegen ein Ausfuhrverbot verstoßen.<sup>55</sup>

Die Reaktion der Partei auf die Ermittlungen fiel zweideutig aus. Das erste Ermittlungsverfahren bezüglich des Arbeitseinsatzes von Gefangenen wurde vom Generalsekretär Jan Zwerg begrüßt: „Wir als sächsische AfD begrüßen, dass dieser Fall nun juristisch sauber und faktenorientiert ermittelt wird. Wir vertrauen der unabhängigen sächsischen Justiz“.<sup>56</sup> Beim Verfahren im Zusammenhang mit dem Verstoß gegen das EU-Außenwirtschaftsgesetz äußerte der Landesfraktionschef Jörg Urban hingegen die Vermutung, dass die Ermittlungen „politisch motiviert sind, um unseren Abgeordneten zu beschädigen“.<sup>57</sup>

Die Verflechtung von Jörg Dornaus wirtschaftlichem Engagement in Belarus mit Akteuren des repressiven Staatsapparats verdeutlicht exemplarisch, wie ökonomische Interessen einzelner AfD-Politiker in autoritäre Herrschaftsstrukturen eingebettet sind. Die Kooperation mit lokalen Behörden und der Einsatz von Häftlingen als billige Arbeitskräfte auf der Zwiebelfarm verweisen dabei auf eine hohe Bereitschaft, von einem System zu profitieren, das schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen beschuldigt wird.

Die innerparteiliche Reaktion auf die gegen Dornau geführten Verfahren unterstreicht darüber hinaus die Ambivalenz der AfD: Während das erste Ermittlungsverfahren offiziell als Ausdruck rechtsstaatlicher Klärung begrüßt wird, werden spätere Vorwürfe im Zusammenhang mit möglichen Sanktionsverstößen als politisch motiviert delegitimiert. Diese doppelte Haltung verweist auf ein strategisches Verhältnis zum Rechtsstaat, in dem strafrechtliche Verfahren je nach politischer Opportunität entweder als Beleg unabhängiger Justiz oder als Instrument vermeintlicher „Feindseligkeit“ gegen die eigene Partei gerahmt werden.

---

<sup>55</sup> Der Spiegel, „Razzia bei AfD-Landtagsabgeordneten aus Sachsen“, 04.02.2026. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/razzia-bei-afd-landtagsabgeordneten-aus-sachsen-a-c6087282-a727-4c21-8df3-d24af5056e41>.

<sup>56</sup> Der Spiegel, „Jörg Dornau: AfD begrüßt Ermittlungen gegen ihren Abgeordneten“, 07.10.2024, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/joerg-dornau-afd-begruesst-ermittlungen-gegen-ihren-abgeordneten-a-b898afe9-7e0b-4e8c-ba26-bdffe3a23366>.

<sup>57</sup> Süddeutsche Zeitung, „Neue Ermittlungen gegen sächsischen AfD-Politiker Jörg Dornau“, 04.02.2026, <https://www.sueddeutsche.de/politik/ermittlungen-afd-politiker-joerg-dornau-sachsen-li.3381318>.

### 4.3 Anfragen zu Belarus im Bundestag

Die Alternative für Deutschland setzt sich nicht nur vehement für eine Aufhebung der Sanktionen, sondern auch für eine Einstellung der Förderung der belarussischen Zivilgesellschaft durch Haushaltsmittel.

In einer Kleinen Anfrage vom 18. Dezember 2024 erkundigte sich der AfD-Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré und die Fraktion nach der Finanzierung des belarussischen Exilmediums Malanka Media durch das Auswärtige Amt. Hintergrund war ein Interview dieses Mediums mit dem Dissidenten Vadzim Prakopyeu, der Zweifel an einer „friedlichen Regulierung“ des politischen Konflikts in Belarus äußerte und eine militante Option in Erwägung zog. Kotré fragte unter anderem nach einer Evaluation des geförderten Projekts sowie danach, ob sich die Bundesregierung zu einer ausschließlich friedlichen Konfliktlösung bekenne und einen gewaltsamen „Regime Change“ ablehne.<sup>58</sup>

In der Antwort stellte die Bundesregierung klar, dass die Finanzierung von ebenjenem Exilmedium auf die Erstellung einer Ausstellung und eines Films über den Menschenrechtsverteidiger Ales Bialiatski begrenzt sei. Zudem bekenne sich die Bundesregierung zum völkerrechtlichen Interventions- als auch zum völkerrechtlichen Gewaltverbot.<sup>59</sup>

In einer Anfrage vom 26. Mai 2025 zeigt sich die AfD-Bundestagsfraktion interessiert an der von der Bundesregierung finanzierten Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ). Die AfD-Abgeordneten kritisieren darin den Ausschluss von Vertretern der Republik Belarus aus dem Stiftungskuratorium. Zudem weckt es Unmut, dass über die Stiftung die Exilorganisation BY SOL (Belarus Solidarity Foundation) unterstützt, was nach Ansicht der Fragesteller eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Belarus darstellen würde.<sup>60</sup> Die BY SOL Foundation setzt sich offiziell zum Ziel, Betroffene von politischen Repressionen in Belarus zu unterstützen.<sup>61</sup>

Die AfD-Abgeordneten interessieren sich genau dafür, welche Projekte und Vorhaben die belarussische Partnerorganisation der Stiftung EVZ, „die Exil-Organisation BY SOL wann, wo und mit welchen Fördersummen (bzw. die Partner von

<sup>58</sup> Deutscher Bundestag, Drucksache 20/14279: Kleine Anfrage – Förderung des belarussischen Mediums Malanka Media durch das Auswärtige Amt, 18.12.2024, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/142/2014279.pdf>.

<sup>59</sup> Deutscher Bundestag, Drucksache 20/14559: Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage – Förderung des belarussischen Mediums Malanka Media durch das Auswärtige Amt, 10.01.2025, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/145/2014559.pdf>.

<sup>60</sup> Deutscher Bundestag, Drucksache 21/277: Kleine Anfrage – Aktuelle Problematiken der Beziehungen zwischen Deutschland und Weißrussland, 26.05.2025, <https://dserver.bundestag.de/btd/21/002/2100277.pdf>.

<sup>61</sup> BY SOL, „About BY SOL.“, Zugriff am 01.03.2026, <https://bysol.org/en/about/>.

BYSOL, bitte Zuwendungsempfänger und Träger nennen) durchgeführt hat bzw. durchführt (wenn ja, bitte ausführen).“<sup>62</sup>

Die im Exil lebende Anshelika Anoschko war bis zum Jahr 2023 für Belarus im Kuratorium der EVZ. Sie befürwortet den Ausschluss ihrer Nachfolger aus dem Kuratorium und verdächtigt, die AfD-Fraktion sensible Daten für die belarussische Seite zu sammeln: „Nun versucht die belarussische Seite offenbar, solche Daten über die AfD-Anfragen zu erhalten. Ihre Formulierungen ähneln in ihrer Tonalität stark denen belarussischer Behörden.“<sup>63</sup>

Ein weiterer Schwerpunkt der AfD-Anfragen betrifft das Kalinouski-Regiment, eine Einheit belarussischer Freiwilliger, die auf Seiten der Ukraine kämpft. Die Fraktion wollte unter anderem wissen, ob die Bundesregierung Kenntnis über deutsche Staatsangehörige oder in Deutschland ansässige Personen habe, die sich dem Regiment angeschlossen oder es finanziell, medial oder propagandistisch unterstützt hätten. Gefragt wurde zudem nach Aus- und Wiedereinreisen, militärischen Vorerfahrungen sowie einer möglichen Einstufung als „Gefährder“.<sup>64</sup>

Vor dem Hintergrund, dass Personen in Belarus, die sich den ukrainischen Streitkräften anschließen, mit erheblichen Haftstrafen rechnen müssen, wirft dieses spezifische Informationsinteresse zusätzliche Fragen auf.<sup>65</sup>

In einer weiteren Kleinen Anfrage vom 19. Dezember 2025 bat die AfD um Auskunft bezüglich von Projekten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Belarus. Die Bundesregierung verneinte eine Ausgabe der erbetenen Informationen mit der Begründung, dass die Arbeit der Zuwendungsempfänger bzw. der zivilgesellschaftlichen Akteure in „einem extrem repressiven Umfeld unter einer autoritären Regierung deren Regierungschef Alexander Lukaschenko“ erfolge.<sup>66</sup>

Die Kleinen Anfragen der AfD-Bundestagsfraktion zu Malanka Media, BYSOL, der EVZ-Stiftung und dem Kalinouski-Regiment zeigen, dass sich die Partei nicht nur

---

<sup>62</sup> Deutscher Bundestag, Drucksache 21/277: Kleine Anfrage – Aktuelle Problematiken der Beziehungen zwischen Deutschland und Weißrussland, 26.05.2025, <https://dserver.bundestag.de/btd/21/002/2100277.pdf>.

<sup>63</sup> David Hoffmann und Maria Caroline Wölfle, „Das merkwürdige Interesse der AfD an Belarus,“ Tagesschau, 22.08.2025, <https://www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/afd-belarus-opposition-100.html>.

<sup>64</sup> Deutscher Bundestag, Drucksache 21/277: Kleine Anfrage – Aktuelle Problematiken der Beziehungen zwischen Deutschland und Weißrussland, 26.05.2025, <https://dserver.bundestag.de/btd/21/002/2100277.pdf>.

<sup>65</sup> Viasna Human Rights Center, „The fourth year of the war and the fourth year of repression: Belarusians persecuted for supporting Ukraine“, 24.02.2026, <https://spring96.org/en/news/119665>.

<sup>66</sup> Deutscher Bundestag, Drucksache 21/3759: Deutscher Bundestag – Antwort auf Kleine Anfrage – Nicht namentlich deklarierte Projekte in Belarus, 19.01.2026, <https://dserver.bundestag.de/btd/21/037/2103759.pdf>.

gegen Sanktionen und gegen die Förderung belarussischer Zivilgesellschaft positioniert, sondern zugleich gezielt Informationen über exiloppositionelle Strukturen und Unterstützungsnetzwerke abfragt. Einschätzungen wie jene von Anshelika Anoschko unterstreichen die Sorge, dass diese Informationsbeschaffung im Interesse des Regimes genutzt werden könnten. Zugleich werden durch das besondere Interesse an dem in der Ukraine kämpfenden Kalinouski-Regiment sowie an möglichen Unterstützerinnen und Unterstützern in Deutschland sicherheitspolitische Narrative bedient, die exilbelarussische Strukturen als potenzielle Gefährdung rahmen.

## 5. Fazit

Neben parlamentarischen Initiativen lassen sich auch im parteipolitischen Diskurs der AfD wiederholt Bezugnahmen auf Aljaksandr Lukaschenka beobachten. Dabei dient der belarussische Machthaber teils als polemische Negativfolie im innerdeutschen Parteienstreit. Im August 2020 bezeichnete der AfD-Kreisrat Dr. Malte Kaufmann den Berliner Innensenator Andreas Geisel als einen zweiten Lukaschenka. Hintergrund war die Einschränkung von Kundgebungen gegen die COVID19-Maßnahmen.<sup>67</sup> Ein Vorwurf, der von seinem Parteikollegen Gunnar Lindemann nicht geteilt wird: „Sie beschwerten sich über Weissrussland? Gegenüber den Zuständen in #Berlin und im Vergleich zu Geisel ist Lukaschenko ein Musterdemokrat!“<sup>68</sup>

Ein ähnlicher Diskurs war auch im Januar 2026 zu beobachten. Nachdem der AfD-Kandidat Robert Schnell die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) mit Aljaksandr Lukaschenka verglichen hatte, reagierte der frühere Thüringer AfD-Landtagsabgeordnete Thomas Rudy mit den Worten: „Nicht zu glauben, da vergleicht dieser AfDler den Landesvater Lukaschenko mit dieser Versagerin Schwesig. Schnell sollte mal nach Belarussia gehen. Dort ist ein top organisiertes Land, in dem man sicher in Parks oder auf Weihnachtsmärkte gehen kann“.<sup>69</sup>

Diese Beispiele verdeutlichen, dass einzelne AfD-Politiker Lukaschenka als Negativbeispiel verwenden und dabei teilweise die Menschenrechtsslage in Belarus verharmlosen. Gleichzeitig zeigt sich, dass andere Parteimitglieder Lukaschenka in Schutz nehmen oder ihn sogar als Paradebeispiel darstellen. Solche Einzelaussagen erlauben jedoch keine Verallgemeinerung auf die gesamte Partei. Eine syste-

<sup>67</sup> Kaufmann, Malte (@MalteKaufmann), X, 26.08.2020, <https://x.com/MalteKaufmann/status/1298585967532675081>.

<sup>68</sup> Gunnar Lindemann MdA (@AfDLindemann), X, 27.08.2020, <https://x.com/AfDLindemann/status/1298857794465136640>.

<sup>69</sup> Thomas Rudy (@Keineausrede), X, 25.01.2026, <https://x.com/Keineausrede/status/2015554895722566036>.

matische Konsistenz der Belarus-Politik der AfD lässt sich vielmehr anhand der parlamentarischen Anfragen und Anträge der Fraktion rekonstruieren.

Die analysierten Kontakte zwischen AfD-Politikern und belarussischen Regierungsvertretern zeigen ein konsistentes Muster politischer Interaktion, das über bloße Einzelinitiativen hinausgeht. Reisen nach Minsk, die Teilnahme an Wahlbeobachtungen sowie öffentliche Stellungnahmen zur politischen Lage in Belarus fügen sich in eine wechselseitige symbolische Logik ein.

Für das Lukaschenka-Regime besitzen diese Kontakte vor allem legitimatorische Bedeutung. Vertreter einer im deutschen Parteiensystem etablierten Kraft dienen in staatlichen Medien, bei Kongressen und im Kontext von Wahlen als Beleg für internationale Anerkennung und als Argument gegen die These einer außenpolitischen Isolation. Die Präsenz deutscher Politiker wird dabei kommunikativ genutzt, um demokratische Standards zu suggerieren und Kritik aus EU-Staaten als politisch motiviert darzustellen.

Für die beteiligten AfD-Politiker wiederum eröffnen die Kontakte eine Bühne, um ihre grundsätzliche Kritik an der deutschen Außen- und Sanktionspolitik sowie an westlichen Interventionsnarrativen zu inszenieren. Die öffentliche Relativierung politischer Repressionen in Belarus – etwa im Hinblick auf oppositionelle Parteien oder politische Gefangene – steht dabei im Einklang mit einer generellen Ablehnung westlicher Demokratieförderungsansätze.